

ERGEBNISPROTOKOLL

Integrationsbeirat Buchholz-Kleefeld am Montag, 15.05.2023
JugendSportZentrum, Podbielskistraße 299
- öffentlicher Teil -

Beginn: 18:35 Uhr
Ende: 20:57 Uhr

Anwesend:

(verhindert waren)

Johanna Starke (Schneider, Dierk) (Albasha, Yasmin) (Çiçek Aksoy, Arzuhan) (Hondozi, Saranda) (Janke, Ulrich)	Vorsitzende stellv. Vorsitzender
Pfahl-Scholz, Petra	
Poljak, Marina (bis 20:37 Uhr)	
Tchoubin, Youssef	
Tomberger, Christiane (bis 20:33 Uhr)	
Tsyplakova, Maria	
Wyborny, Barbara	

Verwaltung:

Herr Blania	(Fachbereich Jugend und Familie, Jugendsportzentrum)
Herr Eisermann	(Fachbereich Jugend und Familie, Jugendsportzentrum)
Frau Feistkorn	(Fachbereich Jugend und Familie, Hospitantin Jugendsportzentrum)(bis 19:45 Uhr)
Herr Sadeghzadeh Oskoui	(Fachbereich Jugend und Familie, Jugendzentrum Friedrich Lohmeyer)
Herr Kalifa	(Fachbereich Gesellschaftliche Teilhabe)
Frau Rembecki	(Fachbereich Personal und Organisation)
Frau Schulz	(Fachbereich Personal und Organisation)

TOP 1

Eröffnung der Sitzung

Frau Vorsitzende Starke eröffnete die 43. Sitzung des Integrationsbeirates Buchholz-Kleefeld, dankte der gastgebenden Einrichtung und begrüßte die Mitglieder sowie die Gäste. Es erfolgte eine Vorstellungsrunde.

TOP 2

Begrüßung eines neuen Mitglieds

abgesetzt

TOP 3

Vorstellung des JugendSportZentrums Buchholz (LHH), Jugendzentrums Roderbruch „Friedrich Lohmeyer“ (LHH), Camelot in Kleefeld (AWO Region Hannover), Kleiner Jugendtreff GoHin (Schreberjugend Hannover e. V.) und Austausch

Herr Blania und **Herr Eisermann** stellten das JugendSportZentrum vor. Die Einrichtung gebe es seit 2010 und sei ein stadtweites Angebot mit dem Schwerpunkt auf „Sport“ u. a. Boxen und BMX,

insbesondere dem BMX-Park. Die Angebote seien kostenfrei, mit Ausnahme der Freizeitfahrten. Zielgruppe: Jugendliche von 12 – 27 Jahre. Es werden auch E-Sport-Angebote durchgeführt. Die Beziehungsarbeit werde über Sport aufgebaut. Eine Ansprache von Jugendlichen im öffentlichen Raum erfolge nicht. Die Einrichtung habe eine hohe Besucher*innenzahl (20 % Mädchen, vor Corona 40 %).

Herr Sandow, Leiter des „GoHin“-Jugendtreffs der Schreberjugend, stellte die Einrichtung vor, die seit 2018 in der Lenbachstraße in Groß-Buchholz ihren Standort habe. Es sei auf 10 Jahre eine ehemalige Gaststätte gemietet worden. Das „GoHin“ gebe es seit 2001, Herr Sandow sei seit 15 Jahren dort beschäftigt. Der sozialräumliche Schwerpunkt der Arbeit liege im Bereich Gorch-Fock-Straße / Hinrichsring in Vahrenwald-List, da dort der Jugendtreff zuerst seinen Standort hatte bevor er diesen aufgeben und nach Groß-Buchholz ziehen musste. Die Angebote werden an den Jugendlichen ausgerichtet. Es gebe E-Sport, Kochen, Fußball mit Vereinen oder als Hobby. Das „GoHin“ besuchen viele Jugendliche aus arabischen Familien, was wiederum einer hohen Vertrauens- und Beziehungsarbeit in Bezug auf Mädchen und deren Familien bedürfe. Insgesamt gebe es ca. 100 Besucher*innen aus 25 Nationen (30 % weiblich, 2021 über 40%). Es fehle eine weibliche Fachkraft für die Mädchenarbeit.

Für die Jugendarbeit gebe es einen Etat von 1000 €. Das „GoHin“ sei eine wichtige familienergänzende Maßnahme. Aufsuchende Arbeit finde in der Sozialraumarbeit statt, damit Jugendliche auf den Jugendtreff in der Lenbachstraße aufmerksam gemacht werden.

An der Sitzung nahm auch **Kassem** teil, ein Jugendlicher, der regelmäßig das „GoHin“ besucht.

Herr Sadeghzadeh Oskuoi stellte das Jugendzentrum Friedrich-Lohmeyer, genannt Jugendzentrum Roderbruch vor. Das Jugendzentrum biete zweimal in der Woche Basketball in der IGS Roderbruch an, Ferienfreizeiten ins Ausland, einen aktiven Jugendrat, tanzen, Boxtraining. Die Zielgruppe seien Jugendliche von 13-27 Jahren. Es finde keine aufsuchende Arbeit statt, das Jugendzentrum werde gut besucht, auch aus Bereichen der Region Hannover. Am Mittwoch sei Mädchentag. Der Mädchenanteil in der Einrichtung liege bei 50 %. Das Jugendzentrum sei auf Instagram und im Internet mit dem Programm vertreten. In der Einrichtung sind derzeit zwei Mitarbeiter tätig.

Das „Camelot“ aus Kleefeld nahm an der Sitzung nicht teil.

Anschließend erfolgte der Austausch.

Frau Vorsitzende Starke fragte, wie Boxangebote aus pädagogischer Sicht bewertet werden.

Herr Blania antwortete, dass Boxen gewaltpräventiv wirke. Es werden eigene Grenzen erkannt und die von anderen respektiert. Der soziale Umgang miteinander verändere sich positiv. Weiterhin erfahren Jugendliche über das Sportangebot Anerkennung. Es nehmen nur wenige Mädchen am Boxsportangebot teil. **Herr Sadeghzadeh Oskuoi** fügte hinzu, dass es vor Corona im Jugendzentrum Roderbruch ein Kickboxangebot für Mädchen gegeben habe; dieses musste dann im Zuge der Pandemie eingestellt werden.

Herr Kalifa fragte, wie das Interesse eingestuft werde, junge Expert*innen aus den Jugendzentren für politische Bildung zu erreichen. Oftmals bekämen Jugendliche politische Prozesse nicht mit. Derzeit sei in Planung, in Hannover ein Jugendparlament aufzubauen. **Herr Blania** antwortete, dass Jugendliche nicht an Politik, sondern an ihrer eigenen Lebenssituation interessiert seien. **Herr Eisermann** ergänzte, dass sich stets dieselben Personen engagieren, jedoch wenig Interesse am Thema Politik bestehe. Wichtig sei immer der peer-to-peer Gesichtspunkt, wenn Jugendliche Ideen haben. Daher sei es schwierig, wenn Beteiligung an Projekten/Gremien von Erwachsenen eingefordert werden, z.B. ein Mitmachen bei der Fotoaktion „Gute Nachbarschaft ist...“ des Präventionsrates. Weiterhin dauern politische Prozesse (siehe BMX-Anlage) zu lange. Insgesamt stehe auf Grund der Haushaltskonsolidierung im Raum, Jugendzentren zu schließen, um Kosten zu sparen.

Kassem ergänzte, dass er in der Einrichtung „GoHin“ keine gute Erfahrung bei Jugendbeteiligung gemacht habe. Die Jugendlichen hätten sich gemeinsam in einem 8-stündigen Termin verschiedene Ideen überlegt, die sie gerne umsetzen wollten. Es sei dann an bürokratischen Hürden gescheitert, da die Projekte nicht nachhaltig genug eingeschätzt worden seien und daher abgelehnt wurden.

Frau Schulz machte darauf aufmerksam, dass der Integrationsbeirat einen Fördertopf für kleine Projekte zur Integration und Unterstützung von Geflüchteten zur Verfügung gestellt habe (bis ca. 200 €).

Herr Sadeghzadeh Oskuoi ergänzte zu den Beiträgen, dass es vor ein paar Jahren eine Fotoaktion von Jugendlichen im Jugendzentrum gegeben habe, in der Jugendliche ihren Stadtteil fotografiert hätten. Weiterhin hätte es Kooperationen mit Erwachsenen zu PC-Kursen gegeben. Einen Antrag, den er an den Integrationsbeirat stellen wollte, habe er erst kürzlich wieder zurückgezogen.

TOP 4

Austausch mit dem Sprecher der Jugendgruppe zu WIR 2.0

Herr Kalifa, tätig in der Antidiskriminierungsstelle der Stadt Hannover, habe im Prozess die Jugendgruppe des Wir 2.0 begleitet. Er berichtete, dass die Jugendlichen ursprünglich im Prozess nicht mitberücksichtigt wurden. Erst nach einem politischen Beschluss seien diese integriert worden und entscheiden mit. Beim Integrationsansatz würden sich viele Jugendliche nicht angesprochen fühlen, weil sie in Hannover geboren seien und keine Integration benötigen. Dieser Ansatz und das neue „wording“ würde sich im Strategiepapier wiederfinden, z.B. der Wunsch nach einem neuen Namen für den Integrationsbeirat. Die 18-26-Jährigen fühlen sich nicht gesehen, es bestehe der Wunsch, dass die Jugend AG eine Stimme erhalte.

Frau Rembecki fragte, wie die Mitarbeit in Integrationsbeiräten für Jugendliche interessant werden könne. Es sei gewünscht, dass Jugendliche dem Gremium angehören, bisher sei dieses langfristig nicht gelungen.

Herr Kalifa antwortete, dass nur die Jugendliche gesehen werden, die Bedarfe haben und nicht die anderen. Wichtig seien Bezugspersonen, die motiviert seien und Personen, die in Gremien sitzen und vernetzen. Auch der peer-to-peer Ansatz sei zu beachten. Die Formate seien oftmals nicht passend. Personen mit Migrationsgeschichte können sich tlw. schlechter ausdrücken und beteiligen sich daher oft nicht. Es solle sich aber strukturell etwas ändern, z.B. bei der Wahl des Vorsitzes. Eine Befristung wurde gewünscht, damit es auch Wechsel gebe und engagierte Personen die Chance haben, nachzurücken; die Wohnortverbundenheit wurde kritisch gesehen, weil es auch Personen gebe, die sich aus eigenen persönlich motivierten Gründen im Stadtbezirk aktiv zeigen wollen.

Frau Vorsitzende Starke dankte für die Erläuterung. Sie habe den Ansatz mit dem Wohnort bei dem Kongress nicht nachvollziehen können und durch die jetzigen Ausführungen besser verstehen können.

Frau Rembecki erläuterte, dass die Regelungen der Integrationsbeiräte aus der Drucksache Nr. 2545/2008 zur Einführung der Integrationsbeiräte stammen. Hintergrund sei, dass im Bezirksrat die Mitglieder im Stadtbezirk wohnen müssen. Daher sei diese Regelung analog übernommen worden. Begründet werden könne dieses auch damit, dass damit eine größere Kenntnis des Stadtbezirks zu Strukturen und Vernetzungen vorausgesetzt werden könne. Zudem habe der Integrationsbeirat nur empfehlenden Charakter, weil sich ein Entscheidungsrecht rechtlich nicht begründen lasse.

Herr Kalifa trug vor, dass dieses mangelnde Entscheidungsrecht dazu führe, dass sich Interessent*innen den Integrationsbeiräten nicht anschließen, weil ihnen dieses Recht wichtig sei und sie dann eher anderen Gremien angehören wollen.

Herr Sadeghzadeh Oskuoi warb aus diesen Gründen für den Jugendrat in seiner Einrichtung, an dem 20-25 Personen teilnehmen. Sollte sich Politik für Inhalte und Diskussionen interessieren, könne der Jugendrat besucht werden.

Herr Schröder warf ein, dass förderlich sei, wenn es bei Gremien öffentliche Sprechstunden gebe,

wo Bewilligungskriterien vorgestellt und bei Ablehnung diese auch erörtert werden. Transparenz von Ursache und Wirkung sei wichtig und die Erklärung, weshalb etwas nicht gefördert werde. Mit diesem Konzept hätte er bei einem Kinderparlament gute Erfahrungen erzielt.

Herr Sadeghzadeh Oskuoi bestätigte durch die Schilderung aus dem Jugendzentrum, wie an realen Beispielen Demokratie erlebbar werde. So habe es im Jugendrat eine Entscheidung zur Gestaltung des Mädchenraumes gegeben. Es habe dann hinterher andere Meinungen gegeben und Ablehnung gegenüber der getroffenen Entscheidung. Hier wurde auf den Beschluss im Jugendrat Bezug genommen und die Erkenntnis war, dass es wichtig sei, bei Entscheidungen, die einen selbst betreffen zum einen anwesend zu sein, zum anderen mitzudiskutieren und damit mitzubestimmen.

TOP 5

Beratung über die Empfehlungen von Zuwendungen

Die Kita und das Familienzentrum Kapellenbrink bitten den Integrationsbeirat um eine Zuwendung für den Deutschkurs „Deutsch im Alltag“. **Herr Schröer** stellte den Zuwendungsantrag inhaltlich vor.

Es wurde folgende Empfehlung auf Förderung an den Stadtbezirksrat ausgesprochen:

IB-04-2023 2.262,50 €

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

Die Bürgergemeinschaft Roderbruch/der Kulturtreff bitten den Integrationsbeirat um eine Zuwendung für das Projekt „Clown on Tour – Integration von unterwegs“. **Frau Holland** stellte den Zuwendungsantrag inhaltlich vor.

Es wurde folgende Empfehlung auf Förderung an den Stadtbezirksrat ausgesprochen:

IB-03-2023 2.134,00 €

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

Die Empfehlungen werden als Drucksache in der nächsten Sitzung dem Bezirksrat Buchholz-Kleefeld zum Beschluss vorgelegt.

TOP 6

Bericht 37. Delegiertenversammlung am 02.05.2023 (Frau Pfahl-Scholz/Frau Poljak)

Frau Pfahl-Scholz berichtete, dass insbesondere die Vorbereitung auf den Kongress Wir 2.0 besprochen wurde. Es wurde festgestellt, dass der Prozess sehr lange gedauert habe. Es kam die Frage nach einer Geschäftsordnung für Integrationsbeiräte auf, die werde jedoch erst erarbeitet. Mitgeteilt wurde, dass sich die Mitglieder wünschen, dass der Prozess bald ende, weil Integrationsbeiräte „in Warteschleife“ stehen und mit Umbildungen beginnen wollen. Berichtet habe sie über ein Projekt von **Frau Aksoy** im Café Carré, wo das Miteinander im Vordergrund stehe.

TOP 7

Bericht über den Kongress „WIR 2.0“ am 06.05.2023 (Herr Janke/Frau Pfahl-Scholz/Frau Starke)

Frau Vorsitzende Starke informierte, dass zu Beginn des Kongresses die Veranstaltung um 1 ½ Stunden verkürzt wurde, dieses habe zu Unmut geführt und aus ihrer Sicht an manchen Stellen eine rege Diskussion verkürzt. **Frau Pfahl-Scholz** stimmte zu. Das Ziel des Kongresses war, Anregungen zur Umstrukturierung der Integrationsbeiräte aus dem Prozess Wir 2.0 zu diskutieren und dem Rat vorzulegen. Ein Ergebnis sei, so **Frau Vorsitzende Starke**, dass die Bezirksräte in die Beschlussfassung eingebunden werden wollen. Die Empfehlung, Sitzungsgeld zu zahlen, sei positiv begleitet worden. Insgesamt seien jedoch keine Abstimmungen erfolgt. Es werde eine Drucksache mit den besprochenen Punkten erstellt, die in den Gremienverlauf gehe.

Herr Kalifa ergänzte, dass die Idee in dem Prozess Wir 2.0 gewesen sei, den Integrationsbeiräten mehr Stärke zu geben und sie unabhängiger vom Bezirksrat werden zu lassen. **Frau Vorsitzende Starke** erwiderte, dass die Integrationsbeiräte jedoch schon wegen der Beschlussfassung über Empfehlungen eher den Bezirksräten angehören und sich das Gremium dorthin vernetzen sollte und weniger auf Ratsebene.

TOP 8**Nachbarschaftstag (Frau Pfahl-Scholz)**

Frau Pfahl-Scholz berichtete über die Aktion des Bündnisses für gute Nachbarschaft des Landes Niedersachsen und die damit verbundene Fotoaktion „Gute Nachbarschaft ist...“. Der Präventionsrat habe zu einer Fotoaktion im Stadtbezirk aufgerufen, und diese Fotos werden auf den Veranstaltungen präsentiert: Am 26.5. nachmittags im Kosselhof bei „Hallo Einstein“, am 02.06. mittags beim Spar- und Bauverein in der Käthe-Steinitz-Straße, nachmittags im ZeitRaum Läuferweg, in der Stadtbibliothek Kleefeld und bei Gundlachs „Spielarkaden“ in der Buchnerstraße.

TOP 9**Kennenlernen von Migrant*innenorganisationen (Frau Rembecki)**

Frau Rembecki berichtete, dass sie auf dem Neujahrsempfang in Kontakt mit einer Vertreterin der MiSO-Organisation gekommen sei und nachgefragt habe, ob der Integrationsbeirat MiSO besuchen könne, um mehr in Kontakt und Verbindung zu kommen. Dieses wurde von der Vertreterin MiSOs begrüßt. Daher bestehe die Frage, ob Mitglieder Interesse zu einem Besuch hätten. **Herr Tchoubin** äußerte sein Interesse, auch andere Mitglieder waren interessiert. Geprüft werden müsste als nächstes, ob ein Besuch zu einer regulären Sitzung oder ein Extra-Termin organisiert werde.

TOP 10**Berlinfahrt der Integrationsbeiräte (Frau Rembecki)**

Frau Rembecki teilte mit, dass es noch keinen neuen Sachstand gebe. Sobald neue Informationen zu den Terminen vorlägen, würde sie diese per E-Mail versenden.

TOP 11**Verschiedenes**

Frau Vorsitzende Starke zeigte den Mitgliedern die Möglichkeit auf, eine Tasche für jedes Mitglied aus Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit anfertigen zu lassen. Die Retrotasche trage das Logo des Integrationsbeirates und den Namen des Mitglieds. Hintergrund für die Idee war, sich mit dem Integrationsbeirat zu identifizieren und die Zugehörigkeit mit der Tasche in der Öffentlichkeit zu zeigen. Die Mitglieder nehmen die Idee mit, eine Entscheidung hierzu erfolgt in der nächsten Sitzung.

Frau Schulz verwies auf die Pressemeldung zum Integrationspreis 2023 mit den Voraussetzungen für eine Preisverleihung. Bisher seien noch keine Vorschläge eingegangen, daher bat sie die Mitglieder des Integrationsbeirates, „Werbung“ zu machen. Der Integrationsbeirat könne auch eigene Vorschläge einbringen. Abgabetermin sei der 31.07.2023.

Im Anschluss wurde die Auswahlkommission benannt: **Frau Starke** (ist als Vorsitzende des Integrationsbeirates gesetzt), **Frau Pfahl-Scholz** und **Frau Tsyplakova**. Die Vergabekommission treffe sich vor der nächsten Sitzung am 04.09.2023 eine halbe Stunde früher, um eine Empfehlung für den Integrationsbeirat abzugeben.

Für das Protokoll:

gez. Starke
Vorsitzende

gez. Rembecki
Protokollführerin